



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

Juli 2026



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

GESETZE DER REGIERUNG UND WEITERE PLANUNG (PROGRAMM) – EIN KRIEGSPROGRAMM UND DER ZU ORGANISIERENDE WIDERSTAND

Das Verhältnis von Reformen und Revolution ist nur vom Marxismus genau und richtig bestimmt worden, wobei Marx dieses Verhältnis nur von der einen Seite sehen konnte, nämlich in einer Situation, die dem ersten mehr oder weniger festen, mehr oder weniger dauerhaften Siege des Proletariats, sei es auch nur in einem Lande, vorausging. In einer solchen Situation war die Grundlage eines richtigen Verhältnisses die folgende: ***Reformen sind das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats...***

Verbesserungen für die Lage der Arbeiter, für die Lage des Volks kann und wird es im Kapitalismus nicht geben – ohne Klassenkampf. Was also die Bundesregierung als ‚Reformanstrengungen‘¹ verkauft, kann keine Reform sein, keine Reform für das Volk, keine Reform für die Arbeiterklasse. Es kann nur sein: Eine Reform im Dienste der herrschenden Klasse, im Dienst der Bourgeoisie. Mag die Arbeiteraristokratie Teil dessen sein, mögen die Gewerkschaftsführungen erklären, dass es auch ‚gute Punkte‘ darin gebe, wir müssen eines klarstellen: Diese Vorhaben der Bourgeoisie sind nur eines: Angriff auf die letzten Rechte der Arbeiterklasse, die letzten Reste der Rechte des Volks, die letzten Reste noch übrig aus tatsächlich geführten Kämpfen des Proletariats. Was hier präsentiert und angekündigt wird, ist ein Programm des Kriegs.² *Kriege und sich verschlechternde Handelsbedingungen auf der Welt erhöhen den Druck von außen. Deutschland kann auf seinen Stärken aufbauen, aber darf sich nicht an die Vergangenheit klammern. Wir müssen jetzt beherzt zugreifen, Chancen erkennen und in die Zukunft aufbrechen* – es ist die Zukunft des Klassenfeinds.

Und die Zeit rennt: Wenn diese Ankündigungen erst einmal in Gesetzesform gegossen und verabschiedet sind, wird der Kampf, diese Gesetze wieder loszuwerden umso schwerer. Die Organisation des Kampfs gegen dieses Kriegsprogramm erlaubt also keinen Aufschub – und

¹Nachzulesen hier:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2445592/b2d92763d700642737e3d0df4102c57/2026-07-02-koaausschuss-data.pdf?download=1>

² Nicht umsonst sitzt in den Kommissionen u.a. Herr Frank Jürgen Weise, seines Zeichens eingefleischter Militarist. Die weiteren Mitglieder in den zentralen Kommissionen werden derzeit recherchiert.

keine Verzettlung. Es geht nicht um den einen oder anderen kleineren Punkt, sondern um die zentralen Punkte, die diese Ankündigung enthält. Und diese Punkte sind nach Diskussion im ZK im Wesentlichen diese: Die Aufhebung der letzten Reste des bürgerlichen Arbeitsrechts, die Aufhebung der letzten Reste der Sozialgesetzgebung und die weitere Ausweitung des staatlichen Zugriffs auf die Arbeiter und das Volk. Täuschen wir uns nicht und machen als Kommunisten klar: Was in den 34 Punkten so allgemein und scheinbar harmlos daherkommt, ist der Beginn der Aufhebung der Mitbestimmung und des Tarifrechts, des Kündigungsschutzes, des Arbeitsschutzes. Ist die weitere Streichung jeglicher Existenzsicherung für Erwerbslose und damit die Verschärfung des existentiellen Zwangs, die der Rekrutierung für den Krieg dienen soll. Es ist die Vorbereitung der allgemeinen Zwangsarbeit in der Kriegsindustrie. Es ist die Zentralisierung der Datenerfassung für den Staats-apparat, die den Zugriff des Staates für die Bourgeoisie schafft.

Wenn in den zwei Punkten³, die die Tarifparteien benennen, u.a. vorgeschlagen wird, dass diese aufgefördert werden, *„konkrete Regelungsbereiche vorzuschlagen, in denen abweichende Regelungen von geltenden Gesetzen, z.B. im Bereich des Arbeitsrechts (etwa im Bereich der Sachgrundbefristung oder des Arbeitsschutzes) oder des Unternehmensrechts (z.B. Berichts- oder Sorgfaltspflichten), durch Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien getroffen werden können“* – dann werden wir uns sicher darin sein können, worin das gipfeln wird: In den Bereichen, die für Betriebsrat und Gewerkschaften zentral sind: Lohnfragen, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Rente. Und dass damit nach und nach also die zentralen Fragen von Betriebsrat und Gewerkschaft anderweitig geregelt werden, mit dem Ergebnis einer Erübrigung und damit Aufhebung von Betriebsräten und Gewerkschaften⁴, dass damit die Aufhebung des Tarifvertragsrechts in Gänze droht, die nichts anderes heißt als die Einführung von Vorformen des Umschaltens, und damit die gesetzlichen Regeln der Ökonomie, die die Kriegswirt-schaft längst Realität werden ließen, nunmehr auch der Ökonomie folgen.

Weiter:

Schon jetzt wird konkret benannt: Die Aufhebung des Kündigungsschutzes durch die Einführung der sachgrundlosen Befristung bis maximal 48

³ 19, 20

⁴ Es lohnt sich, noch einmal einen Blick in das faschistische Arbeitsrecht zu nehmen: „Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat zusammen.“ Oder:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebs-gemein-schaft begründete Treue zu halten.“ Aufgelöst wurde das gesamte kollektive Arbeitsrecht, Tarifverträge, Recht der Mitbestimmung. Arbeitsgesetzbuch war das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

Monate, die sechsmal verlängert werden können.⁵ Die Einführung der sog. Arbeitsmarktdrehseibe⁶, die nichts anderes heißen wird als die Zwangsarbeit für die Kriegsindustrie, also die ‚Vermittlung‘ zwangsweise in Bedarfe der Kriegsindustrie. Weiter: Die sog. Entbürokratisierung des Arbeitsschutzes⁷, die da nur heißen kann: Aufhebung des Arbeitsschutzes für die Arbeiter.

Der überflüssige Esser muss weg – so müsste es heißen, wenn es unter Punkt 13 heißt, dass ein *Aktionsplan zur Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs mit gesetzlichen und unter gesetzlichen Maßnahmen* vorgelegt wird. Es wird hageln: Verpflichtung, sonst Hunger. Und das umfassend: Denn ebenso dort heißt es, dass die Zentralisierung der Datenweitergabe zwischen allen Behörden - Sozial-, Ausländer-, Melde -, Finanz-, Sicherheits- und Baubehörden sowie Kranken- und Pflegekassen, Ausländerzentralregister und natürlich Sozialbehörden – eingeführt wird, um umfassenden Daten-austausch zu ermöglichen. Der Zwang für Erwerbslose, sich dann doch dem Militarismus auszuliefern, insbesondere für Jugendliche, wird dadurch nur größer werden.⁸ Und in gleichem Atemzuge wird die Verschlechterung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG Gesetzes)⁹ sowie des Datenschutzes¹⁰ verschlechtert – und damit die schon bereits geringen Möglichkeiten auf Auskunft über die Machenschaften des Staates bzw. einem Schutz des Zugriffs des Staates auf die Daten verschlechtert.

Und eines ist auch klar: All dies trifft die Arbeiter, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, mit noch größerer Wucht. Hängt der Aufenthalt in der BRD doch immer an der sog. Lebensunterhalts-sicherung, also daran, keine Sozialleistungen zu beziehen. Hängt der Aufenthalt doch immer daran, nicht gegen die sog. freiheitlich demokratische Grundordnung zu verstoßen, ein Verstoß, der schnell angenommen wird, wenn man nicht pariert.

Den Widerstand hiergegen gilt es zu organisieren. Eine Verzettlung, ein Verkämpfen an einzelnen, kleinen Fronten aber wird uns nur schaden. Entscheidend für diesen Kampf ist und kann nur sein: Es geht um den Grundwiderspruch Lohnarbeit und Kapital, es geht um Klasse gegen Klasse. Das, was hier geplant und vorgelegt wird, ist ein Programm der Bourgeoisie, ist ein Kriegsprogramm gegen dich, Arbeiter. Und das werden wir ab sofort klarlegen müssen: Mit kleinen Versammlungen, in den VK Sitzungen, mit dem Erstellen einer Broschüre. Das werden wir auch

⁵ Punkt 5

⁶ Punkt 8

⁷ Siehe hier: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/reformen-fuer-deutschland/deutschland-wettbewerbsfaehigkeit-2447030>

⁸ Und Werktätige im öffentlichen Dienst zu faktischen Blockwart: Durch Zugriff auf ihre Einschätzungen ect.

⁹ Punkt 32

¹⁰ Punkt 14

international klarlegen müssen, ob bei der USB, ob in Griechenland. Und uns ggf. auch einladen müssen, damit nicht ungesagt bleibt, was hier die Lage der Klasse ist, die sich auch auf die Lage der Klassenbrüder auswirken wird. Nur so werden Arbeitermärsche im Herbst vorbereitet werden können, nur so wird die nächste Tarifrunde vorbereitet werden können im Sinne der Klasse.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2026*

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES
NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG -
DER KRIEG IST IN DER WELT!
JULI 2026

**Weiter Fakten zur Umstellung auf die militärische Autarkie
des deutschen Imperialismus**

Kaum hatte der Großdeutsche Kriegskanzler dem Präsidenten Frankreichs ökonomisch und militärisch schon mal eine kleine Kriegserklärung vor die Füße geworfen durch die Auflösung des deutsch-französischen Kampfflugzeug-Projektss FCAS , da stand sein Kriegsminister Pistorius schon Gewehr bei Fuß zur Beendigung des Baus des Schlachtschiffs der Fregatte F126 zusammen mit dem niederländischen Hauptauftragnehmer bzw. Generalunternehmen Damen Naval.

**Militärische Autarkie: Fregatte F 126 unter niederländischem
Generalunternehmer gestrichen**

Zur weiteren Herstellung der deutschen militärischen und ökonomischen Autarkie kündigte das Kriegsministerium den Vertrag zum Bau von 6 Schlachtschiffen der Klasse F 126 und übertrug den Bau von acht Kriegsschiffen der MEKO-Klasse einem rein deutschen Konsortium unter dem General-unternehmer der Kieler Rüstungsschmiede TKMS (ThyssenKrupp Marine Systems).

Militärische Autarkie: Kampfpanzer mit Frankreich gestrichen

Und die deutsche Autarkie schreitet in Siebenmeilenstiefeln voran. Der Pulverdampf über die Aufkündigung von FCAS hatte sich noch nicht verzogen und mit ihm das Hirngespinnst einer „deutsch-französischen Freundschaft“ (Freundschaft unter Imperialisten????), da jagte der deutsche Kriegstreiber den nächsten großen Rüstungsvertrag mit Frankreich in die Luft. Am 27. Juli berichtete die NZZ (Neue Züricher Zeitung):

„Die Idee eines einheitlichen europäischen Kampfpanzers dürfte für viele weitere Jahre eine Illusion bleiben. Die Mitte Juli im Schloss Augustusburg zur Schau gestellte Einigkeit in rüstungs-politischen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland wohl auch.“

Neben dem Kampfflugzeug samt Drohnen, Satelliten, IT etc. für ursprünglich veranschlagte halbe Billion Euro lässt das deutsche Rüstungskapital nun auch den neuen Kampfpanzer für geplante 100

Milliarden Euro in die Luft fliegen. Bauen sollten ihn der deutsche Konzern Rheinmetall und KNDS Deutschland sowie die französische Rüstungsschmiede Thales und KNDS Frankreich. Dazu gehörte auch die IT-Vernetzung der Kampfpanzer untereinander, mit Kampfflugzeugen, Drohnen sowie dem gesamten Heer. Auch daraus wird nun wohl nichts, auch er fällt der deutschen Autarkie zu Opfer. Denn schon seit längerem arbeiten Rheinmetall und KNDS Deutschland an einem neuen Kampfpanzer Leopard 3. Frankreich wiederum entwickelt seit einiger Zeit durch KNDS Frankreich an einem französischen Übergangspanzer, da schon länger das Ende der deutsch-französischen „Gemeinsamkeit“ der Bourgeoisie klar war. „Deutschland denkt beispielsweise in der Logik des Leopard-Systems, großer NATO-Verbände und Bedrohungen an der Ostflanke und benötigt schwere Panzer. Frankreich will leichtere Panzer, um diese rascher für internationale Einsätze verlegen zu können.“ Die NZZ gibt das Geheimnis preis: Der deutsche Imperialismus ist erneut auf dem Vormarsch durch die ehemaligen Volksdemokratien und Sowjetrepubliken in Richtung Eroberung Russlands und braucht für diesen Krieg und zur Besatzung schwere Kampfpanzer. Frankreich zur Absicherung seiner alten Kolonien leichte Panzer zur Verlegung und Besatzung.

Obwohl die EU Milliarden für die Kriegsproduktion mehrerer Staaten auflegte, entwickeln die größten Imperialisten in der EU längst ihre eigenen Waffensysteme im Verbund mit verschiedenen und wechselnden Staaten. Italien entwickelt einen neuen Kampfpanzer. Polen kauft südkoreanische Kampfpanzer oder modernisierte Abrams aus den USA, nach 1990 kaufte Polen noch Kampfpanzer von Krauss-Maffei. England hat seine eigene Kampfpanzerproduktion. Neue Kampfflugzeuge entwickelt die englische Bourgeoisie mit Japan und einem weiteren Staat. Die „Europäische Union“ ist „entweder unmöglich oder reaktionär“ - Lenin - und heute real nicht mehr existent. Es dreht sich nur noch darum, wer der stärkste Imperialist ist und die meisten Milliarden aus den EU-Kassen herausholt, die viele Länder gefüllt haben, auch jene, die aber keinen Cent aus der EU-Kriegskasse sehen.

Militärische Autarkie: EU-Satellitenprojekt gestrichen

Weiter in der Autarkie: Einige Staaten in Europa gründeten 1975 die Weltraumorganisation ESA, der heute 23 Staaten angehören. Sie wollten eigenständig werden vom US-Imperialismus und richteten sich zugleich gegen die UdSSR. Koordination und Betrieb der Raumfahrtaktivitäten sollten vom Sitz in Paris aus betrieben werden. In Zeiten des Krieges und des großdeutschen Kriegs gegen Moskau fliegt auch die ESA real auseinander. Im letzten Jahr gab die deutsche Kriegsregierung den Aufbau eines eigenen Satellitensystems bekannt und verkündete, die Riesensumme von 35 Milliarden Euro für die Jahre 2025-2030 aus dem Volk herauszupressen für dieses Kriegsprogramm für den III. Weltkrieg. Dieses

Satellitensystem soll mit dem größten Satellitenbetreiber der Welt, Starlink von Musk, konkurrieren und das zweitgrößte im Weltall werden, so die Bundeswehr.

Die deutsche Luftwaffe giert auch nach der Vorherrschaft im Weltall. Ein dichtes Netzwerk von Kommunikationssatelliten für den Vernichtungskrieg in Echtzeit, mit Satelliten für die Vernetzung der gesamten Militärmaschinerie soll in die Erdumlaufbahn geschossen werden, die den ganzen Satelliten-schrott noch vergrößern. Sie sollen die Erde zwischen 200 bis 2.000 km Höhe umkreisen.

Insgesamt verlangt die Bundeswehr den Bau von 1.200 Satelliten, eine ungeheure Arbeitszeit für die Vernichtung in einem ungeheuren Ausmaß. Der Arbeiter hat keine Wahl, sondern einzig und alleine in die Tat umzusetzen nach Arbeiterart: Keine Stunde Arbeit für den Krieg – wir arbeiten für unsere Bedürfnisse auf höchstem technischen Niveau für den friedlichen Aufbau. Damit kein Arbeiter, kein Arbeiterkind mehr vor seiner Zeit ins Grab kommt und er auch keine anderen Kinder ins Grab schickt mit den von ihm gebauten Mordinstrumenten des Massenmords an den Völkern.

Denn bei den 1.200 Satelliten bleibt es nicht. Alleine aufgrund des Verschleißes von 10 Jahren für einen Satelliten müssen seiner Hände Arbeit pro Jahr 120 Satelliten erneuern für den Arbeiter-mord. Außerdem stürzen die sehr niedrig fliegenden Satelliten, die die Daten schneller in Echtzeit liefern als die höher fliegenden, schneller ab und verglühen. Macht pro Woche 2-3 neue Satelliten. Da werden die Kriegsgiganten natürlich die Arbeitszeit von 5 und mehr Stunden pro Woche im Krieg in den Fabriken als den Sold wie den des Söldners an den Fronten verordnen, sollte der Widerstand nicht wachsen bis hin zu den Brigaden auch in diesem Land und machen es zu unserem Land.

Die Spatzen pfeifen die großdeutsche Autarkie längst von den Dächern und die Autoren von german-foreign-policy schreiben am 12.Juni diesen Jahres:

„Nach Möglichkeit ohne Frankreich

Dabei ist das deutsche Streben nach Eigenständigkeit von stetigen Differenzen mit Frankreich geprägt. So gehörte beispielsweise bei dem als „deutsches Starlink“ bezeichneten Projekt, das innerhalb der Bundeswehr offiziell den Namen SATCOMBw Stufe 4 trägt, Airbus Defence and Space zunächst zu den Top-Anwärtern. Das Unternehmen betreibt bereits die aktuellen SATCOMBw-Kommunikationssysteme, was es im Vergleich zu seinen Konkurrenten wie OHB aus Bremen in eine bessere Position versetzt. Allerdings baut Airbus Satelliten vor allem an seinen Standorten in Frankreich; Berlin hingegen ist um strikte nationale Kontrolle über das Satellitennetzwerk bemüht. Man sei nicht gewillt, „solche Aufträge“ wie etwa den zur Schaffung eines Satellitensystems „ins Ausland auszulagern“, bestätigte Generalmajor Armin Fleischmann, bei der Bundeswehr zuständig für die Planung und Durchführung von Weltraumprojekten.

Fleischmann räumt ein, bestimmte Komponenten müsse man von „westlichen Partnern“, darunter „Frankreich“, kaufen. Die Bundesregierung ist jedoch bemüht, diesen Anteil möglichst gering zu halten. Mittlerweile gilt beim „deutschen Starlink“ ein Joint Venture aus Rheinmetall und OHB aus Bremen als gesetzt. Es ist, wie am gestrigen Donnerstag berichtet wurde, jetzt gegründet worden. Die Einbeziehung von Airbus sei möglich, heißt es – allerdings nur in untergeordneter Funktion.“

Der Kampf gegen die französischen Rüstungsmonopole und damit gegen Frankreich insgesamt entwickelt sich langsam wieder zu einem gegen den „Erbfeind“, der Frankreich nicht erst seit dem I. Weltkrieg war. Die deutsche Kriegsregierung und die sie beherrschenden aggressivsten Teile des Finanzkapitals, zu denen zweifelsohne die Rüstungskonzerne längst gehören, beschwört einzig und alleine die „deutsch-französische Freundschaft“ aufgrund ihres Mangels an Kenntnissen und Produktionsverfahren sowie Produktionsanlagen beim Gebrauch bestimmter „Komponenten“, also der Informationstechnologie. Denn der in der Produktivkraftentwicklung zurückgebliebene, ewig zu spät gekommene deutsche Imperialismus braucht für seinen Krieg das französische Wissen und Können, dem auch die französischen Arbeiter und Wissenschaftler selbst zum Kriegs-Opfer des groß-deutschen Finanzkapitals, seiner Militärkanaille und seiner Kriegsregierung fallen und die Gräber von Verdun füllen werden. Wobei Verdun halb Frankreich sein wird, liebe CGT.

German foreign policy zum Kurs der deutschen Autarkie in der Luftwaffe:

**„Führend in der militärischen Luftfahrt
Deutschland soll zu einer international führenden Luftfahrtnation werden und insbesondere eine Führungsposition in der militärischen Luftfahrt und der Drohnenproduktion in Europa einnehmen. Dies besagt die neue Luftfahrtstrategie Berlins.**

18. Juni 2026

BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) – Deutschland soll in den kommenden 15 Jahren zu einer international führenden Luftfahrtnation werden und insbesondere eine Führungsposition in der militärischen Luftfahrt einnehmen. Dies geht aus der neuen deutschen Luftfahrtstrategie hervor, die die Bundesregierung kürzlich verabschiedet hat. Das Dokument betont den Wert der Entwicklung eigenständiger europäischer bzw. deutscher Fähigkeiten und legt erstmals einen Schwerpunkt auf die enge Zusammenarbeit zwischen ziviler und militärischer Luftfahrt. Besonderes Augenmerk gilt der Entwicklung deutscher Drohnenkapazitäten; zudem heißt es, Deutschland solle „in der Forschung, Entwicklung und Produktion von militärischen Luftfahrtspitzen-technologien“ in Zukunft „führend in

Europa“ sein. Auch im Hinblick darauf hat Bundeskanzler Friedrich Merz Anfang vergangener Woche den Abbruch der Entwicklung des deutsch-französischen Kampffjets der modernsten, sechsten Generation (Future Combat Air System, FCAS) bekanntgegeben: Bei dem Projekt hatte der französische Konzern Dassault die industriell-technologische Führung inne. Nun sollen acht deutsche Unternehmen an seine Stelle treten – neben Airbus unter anderem Hensoldt und Diehl Defence.

Gleichzeitig will Berlin diejenigen Teile des Gesamtprojekts FCAS (Future Combat Air System) fortsetzen, bei denen Frankreich keine Führungsposition innehat, aber die deutsche Industrie eine starke Rolle spielt. Dies trifft insbesondere auf das Drohnenelement des FCAS und auf die sogenannte Combat Cloud zu. Diese gilt als ein Herzstück des FCAS-Programms: Sie soll gewährleisten, wie es bei der Bundeswehr heißt, „dass alle Informationen innerhalb des Netzwerks allen anderen Systemen, die an einer Mission teilnehmen, in Echtzeit zur Verfügung stehen – in der Luft, am Boden, auf See oder im Cyberspace“. Merz wies in der vergangenen Woche anlässlich der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) darauf hin, dass die Bundesregierung die Arbeiten an der Combat Cloud fortsetzen will.

Eine neue Luftfahrtstrategie

Hintergrund zu der Berliner Entscheidung, aus der Entwicklung des Kampffjets auszusteigen, bietet die neue Luftfahrtstrategie der Bundesregierung, die kurz vor Beginn der ILA verabschiedet wurde. Sie soll den Weg dafür ebnen, dass sich Deutschland in den nächsten 15 Jahren als führende Luftfahrtnation etabliert. ***In seiner Rede auf der Luftfahrtmesse erklärte Merz, die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie sichere „nicht nur Innovation und Wirtschaftskraft, sie sichert eben auch unsere Souveränität und unsere Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung“. Er fügte hinzu: „Wir stellen jetzt die Weichen, um den Luftverkehrsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken.“***

Die deutsche Luftfahrtbranche, die als einer der wenigen Wachstumssektoren der deutschen Industrie gilt, verzeichnete von 2024 bis 2025 einen Umsatzanstieg von 19 Prozent. Maßgeblicher Wachstumstreiber war die militärische Luftfahrtbranche, die nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) einen Umsatzanstieg von 35 Prozent erzielte.

Europäische Unabhängigkeit

Die neue Strategie legt besonderen Wert auf den Aufbau und den Erhalt unabhängiger Kapazitäten Europas und insbesondere Deutschlands – sowohl in der Produktion als auch in den Lieferketten. So sieht das Dokument die Förderung erneuerbarer Flugkraftstoffe mit zwei Milliarden Euro vor, begründet dies jedoch nicht mit der Notwendigkeit des

Klimaschutzes, sondern damit, dass die „Produktion in Europa einen zentralen strukturellen Beitrag für mehr Unabhängigkeit bei der langfristigen Versorgung mit Flugkraftstoffen“ leistet. Darüber hinaus legt die Strategie auch Wert auf die Wahrung und Stärkung der technologischen Souveränität Deutschlands. „Unabhängigkeit von externen Technologielieferanten und die Sicherstellung der Verfügbarkeit sowie Funktionsfähigkeit kritischer Technologien im Verteidigungs- und Krisenfall sind von zentraler Bedeutung“, heißt es in dem Papier. Zudem plädiert die Strategie mittel- und langfristig für einen Forschungs- und Entwicklungsansatz, der eine enge und frühzeitige Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Projekten ermöglicht. Kurzfristig steht die schnelle Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Fokus. Tatsächlich ist dies wohl das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass eine derart enge Verbindung zwischen zivilen und militärischen Aspekten im Luftfahrtsektor hergestellt wurde.

Die Strategie widmet darüber hinaus Drohnen ein eigenes Kapitel; darin heißt es, der „Ausbau der deutschen und europäischen Kompetenzen in der militärischen Drohnentechnologie“ sei „von zentraler sicherheits- und industriepolitischer Relevanz“. Allein aus technologischer Sicht verfügt Deutschland über die erforderlichen Fähigkeiten zur Entwicklung einer erfolgreichen Drohnen-industrie. Derzeit sind rund 230 Unternehmen im Bereich der unbemannten Luftfahrt tätig und beschäftigen mehr als 15.000 Mitarbeiter. Darauf aufbauend zielt die Strategie darauf ab, Deutschland zum international führenden Drohnenstandort auszubauen. Tatsächlich zählen deutsche Startups wie Helsing oder Stark Defence – häufig in enger Kooperation mit ukrainischen Unternehmen – schon heute zu den wichtigsten Drohnenherstellern Europas. Verteidigungsminister Pistorius kündigte am Dienstag bei einem Besuch auf dem Fliegerhorst Upjever in Schortens (Friesland) ergänzend an, erheblich in die Drohnenabwehrfähigkeiten der Bundeswehr zu investieren. „Wir starten in diesen Tagen einen Aktionsplan Drohnen“, sagte Pistorius und teilte mit, Berlin werde bis zum Ende des Jahrzehnts rund 16 Milliarden Euro allein in die Drohnenabwehr investieren. „Wir beschaffen Drohnen, die aufklären, wir beschaffen Drohnen, die wirken“ – gemeint ist: Angriffe durchführen – , sowie weitere, die „angreifende Drohnen eben abwehren können“: „also das gesamte Spektrum“.

„Grundvoraussetzung souveränen Handelns“

Eine Führungsposition strebt die Bundesregierung nicht nur bei Drohnen, sondern in der gesamten militärischen Luftfahrt an. Deutschland solle „führend in Europa in der Forschung, Entwicklung und Produktion von militärischen Luftfahrtspitzen-technologien sein“, heißt es in der neuen Luftfahrtstrategie. Dabei sei „die Beherrschung der gesamten Prozesskette des Militärflugzeugbaus“ eine „Grundvoraussetzung von politisch souveränem Handeln“. Die Formulierung wirft ein Schlaglicht auch auf das

Bestreben Berlins, beim FCAS die industriell-technologische Führung nicht Frank-reich zu überlassen, sondern die deutsche Position zu stärken.“
gfp

Natürlich gibt es im deutschen Autarkie-Umbau wie immer auch eine Nebenseite, denn sie konnte und kann im Zeitalter des Imperialismus nie vollständig sein. Neben der Hauptseite der Autarkie in vielen Bereichen gibt es solche, in denen die deutsche Bourgeoisie aufgrund ihrer Nicht-Entwicklung der Produktivkräfte weltweit und auch in Europa weit zurück liegt, und das ist die IT und KI. Deswegen will sie nicht den gesamten FCAS-Auftrag liquidieren, sondern in der IT mit französischen Konzernen weiter die Informationsclouds für FCAS und weitere Anwendungen entwickeln und aufbauen, weil ihnen hier die neueren Forschungs-Kenntnisse und Anwendungen in der Produktion fehlen. Diese IT-Systeme steuern den Einsatz der Kampfflugzeuge mit Drohnen-schwärmen, mit zeitnahen Luftaufnahmen zur Zielerfassung, der Koordinierung der Kampfflugzeuge untereinander wie auch die Verbindungen mit der Marine und dem Heer, vom Panzer bis zum Gewehr. Hier aber könnten sie sich geschnitten haben. Unter dem Titel: „Alte Liebe rostet doch“ zum deutsch-französischen Verhältnis in der Rüstung berichtet der Behördenspiegel vom August 2026: „Die optimistische Stimmung zur ehemaligen Combat Cloud ist allerdings nicht bis zum Dassault-Aviation-CEO Éric Trappie durchgedrungen. Angesprochen auf die Fortführung des franco-deutschen Projekts verkündete er, dass es eine solche nicht geben werde. „Eine Wolke ist eine Wolke; eine Wolke besteht aus Wasserdampf.“

Dassault Systèmes baut beispielsweise gemeinsam mit NVIDIA eine skalierbare industrielle KI-Plattform sowie souveräne KI-Fabriken. Das könnte noch ein gewaltiges Problem der deutschen Kriegswirtschaft und des deutschen Kriegs werden, das er entweder löst durch Riesen-Milliarden an weiteren Kriegskrediten, die aber mehr oder weniger ausgeschöpft sind, oder er findet einen anderen Konzern hierfür außerhalb des Landes oder er ist gezwungen, Frankreich zu besetzen und die französischen Fabriken in seinen Besitz zu nehmen. Was aber die Gefahr des Widerstands der Arbeiter und des Volks gewaltig in sich trägt. Dies also ist eine immense Schwachstelle nicht nur der Autarkie, sondern seiner gesamten Ökonomie, wie die nächsten beiden Artikel zeigen.

Der deutsche Krieg verschlingt längst hunderte Milliarden bzw. Billionen

Das „Klassenbudget der Bourgeoisie“, so bezeichnet Karl Marx präzise und treffend den Staats-haushalt im Konkurrenzkapitalismus. Wir müssen im Imperialismus, insbesondere im niedergehenden, bzw. in Zeiten der Morgenröte, korrekt sagen: Der Haushalt ist das Klassenbudget der aggressivsten, der kriegerischsten Teile des Finanzkapitals. Diese

Monopolgruppe Groß-Deutschlands hat ihr Finanzministerium, hat ihren Finanzminister angewiesen, ihr Klassenbudget für den Zeitraum von 2027 bis 2030 um 838 Milliarden neue Schulden, also Kriegs-Kredite, zu erhöhen. Das führt zu Zins-zahlungen alleine im Jahr 2030 von 81 Milliarden an die kreditgebenden großen Monopol-Banken. Ein Bombengeschäft. 2021 lagen die Zinsen noch bei 4 Milliarden. Das Finanzkapital legt zu seiner eigenen Bereicherung Kriegskredite auf, ausgepresst aus der Arbeiterklasse, den Werktätigen und dem Kleinbürgertum in Form von deren Steuern und Abgaben. 81 Milliarden ist das Vierfache des derzeitigen Gesundheitshaushalts. Alles für das Finanzkapital und seinen Krieg, keinen Cent dem Volk und seiner Gesundheit. Tote brauchen keinen Arzt mehr. Außer der ausgegrabener Soldat.

Den offiziellen Kriegshaushalt weist das Ministerium der aggressivsten Monopole offiziell mit 82,7 Milliarden aus, an die NATO meldete die Bundesregierung jedoch einen Kriegshaushalt von 124,7 Milliarden, also gut 50% mehr als in der offiziell, im Volksbetrug genannten Summe. Denn nicht mitgerechnet hat der sozialdemokratische Finanzminister etwa die riesigen Kriegsmilliarden an die Ukraine, nicht dabei sind die knapp 16% für Zinsen anteilig an der Höhe des Kriegshaushalts, weiter Etatposten aus der „Allgemeinen Finanzverwaltung“ für die „Ertüchtigung von völkerrechts-widrig angegriffenen Staaten im Bericht der Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung“ mit 15 Milliarden etc.

Das gleiche Finanzkapital hat für 2027 einen Kriegshaushalt von 139,7 Milliarden eingeplant, 2028 sollen es 153,9 Milliarden sein und 2030 schon 184 Milliarden. Diese Milliarden enthalten aller-dings noch nicht die Kriegszahlungen, die die BRD der NATO mitteilt.

Dafür entnimmt sich das Finanzkapital aus seinem Klassenbudget fast jegliche Leistung für das Volk. 184 Milliarden ist so viel wie heute die Zahlungen für Renten und Grundsicherung im Alter (140 Milliarden) sowie für die Sozialleistungen (55,5 Milliarden), macht zusammen 195,5 Milliarden. Sein Kriegshaushalt liegt also weit über dem, was seine Berliner Regierung für Rentner und Bedürftige in ganz Großdeutschland noch übrig lässt. Gestrichen wird selbst ein Zuschlag von 25 Euro monatlich für 2,9 Millionen Kinder, die in Armut leben!

german foreign policy schreibt am 13.7.2026:

„Die deutsche Hochrüstung wird nicht nur auf Kosten der finanziell Schwächsten vollzogen, die vom Abriss der Sozialsysteme am härtesten getroffen werden. Sie geschieht nicht nur zu Lasten künftiger Generationen, die gewaltige Zinssummen zu begleichen haben werden. Sie treibt auch die Hochrüstung in ganz Europa voran. Dies gilt etwa für Frankreich, wo es Sorgen und Ängste auslöst, dass Deutschland sich zum dritten Male anschickt, die stärksten Streitkräfte Europas aufzubauen. Der deutsche

Durchmarsch in der Rüstung trägt dazu bei, auch die französische Regierung zu einer immer weiteren Steigerung ihres Militärhaushalts zu veranlassen; andernfalls sei eine „Abkopplung“ der Streitkräfte Frankreichs zu befürchten, warnte kürzlich Generalstabschef Fabien Mandon. Aktuell sieht die Pariser Budgetplanung eine Steigerung des Militärhaushalts von 57,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 76,3 Milliarden Euro im Jahr 2030 vor. Dies ist nicht einmal die Hälfte der von Berlin geplanten Ausgaben, was insbesondere daran liegt, dass Frankreich bereits viel höher verschuldet ist als Deutschland: mit, Stand Ende März, 3,54 Billionen Euro bzw. 117,5 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Paris kann daher nicht so hohe Kredite zur Waffenbeschaffung aufnehmen wie Berlin. Den Abriss der Sozialsysteme treibt es aber gleichermaßen voran.

Sozialabriss

Ähnlich verhält es sich in Großbritannien. Dort wird der Militärhaushalt, der im Jahr 2024 noch bei 54 Milliarden Pfund lag, auf 80 Milliarden Pfund im Jahr 2029 aufgestockt; das sind nach gegenwärtigem Wechselkurs 94 Milliarden Euro. Auch das Vereinigte Königreich kann seine Aufrüstung nicht – wie Deutschland – durch eine immense Neuverschuldung finanzieren, weil es bereits mit aktuell rund 95 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verschuldet ist. Das Office for Budget Responsibility, eine dem Bundesrechnungshof vergleichbare Behörde, warnt bereits, leite die Regierung keine entschiedene Kurskorrektur ein, dann könne Großbritanniens Staatsschuld im Jahr 2075 bis zu 300 Prozent seiner Wirtschaftsleistung betragen. Entsprechend drastische Streichungen stehen in den ohnehin schon gekürzten Haushalten für Soziales, Gesundheit und Bildung bevor. Der scheidende Premierminister Keir Starmer hat in einer seiner vermutlich letzten Amtshandlungen entschieden, zusätzlich 15 Milliarden Pfund in den Militärhaushalt zu verschieben. Sein Nachfolger, Andy Burnham, der in Kürze den Posten übernehmen wird, muss nun zusätzlich mindestens sieben Milliarden Pfund streichen: „bei Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Energieprojekten“, wie es in der konservativen Tageszeitung The Times hieß.

„Kritiker: Wegtreten!“

Hochrüstung, Neuverschuldung und der Abriss der Sozialsysteme werden in besonderem Maß von Deutschland forciert, treffen jedoch die Bevölkerungen aller Länder Europas. Mit wachsendem Unmut und anschwellenden Protesten konfrontiert, erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz kürzlich, er werde Proteste nicht dulden. Merz äußerte wörtlich: „Kulturpessimisten, Untergangspropheten, Nöler, Nörgler und Berufskritiker: Wegtreten!“

**Die deutsche Kriegswirtschaft verhindert die Entwicklung der Produktivkräfte
und die Ökonomie der Zeit landet auf dem Feld der Ehre**

Die Kriegswirtschaft verschlingt nicht nur fast das gesamte Klassenbudget der aggressivsten und am meisten imperialistischen Teile des Finanzkapitals, sondern auch große Teile des gesamten Nationaleinkommens. Auch die Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Produktivkräfte und damit zur Gewinnung freier Zeit erliegt dann weitgehend der Forschung für die Vernichtung, für den Krieg. Mit der Kriegsforschung alleine können der deutsche Imperialismus – wie auch alle anderen Länder unter der Herrschaft des Finanzkapitals und der Hochrüstung bzw. Kriegswirtschaft – und seine Industrie nicht mehr in friedlicher Konkurrenz gegen ihre Konkurrenten bestehen, geschweige denn gegen sie durch hochentwickelte Produktivkräfte im Maximalprofit Anteile abjagen. Und einige Erfolge in der Kriegsforschung reichen beileibe nicht aus, um gegenüber anderen Imperialisten ökonomisch noch bestehen zu können. Er also gezwungen ist, seine Kriegswaffen sehr schnell einzusetzen in einem Krieg, der rasant zu einem dritten Weltkrieg sich auswachsen kann. Wobei, und das ist ein Teil der darin enthaltenen Dialektik, eine breite, insbesondere auch zivile Forschung und Produktion notwendig ist, um in der Militärproduktion diese Forschungsergebnisse selbst anzuwenden. Die er sich aber selbst immer mehr verunmöglicht. Auch der US-Imperialismus z.B. bekommt Probleme beim Bau von hochentwickelten Kriegsschiffen, da er fast seine gesamte zivile Schiffsproduktion im eigenen Land eingestellt hat und diese insbesondere von südkoreanischen Werften bauen lässt und er somit viele technische Fortschritte, entwickelt im zivilen Schiffbau, nicht mehr selbst besitzt für den Bau seiner Kriegsmarine.

Oder anders betrachtet: Der Vormarsch der Industrie der Monopole Japans in den 70er und 80er Jahren, der die hiesigen Konzerne und ihre bezahlten Klopffechter in Regierung und Fernsehen wie auch ihrer Presse vor der „Roten Gefahr“ (Japans Flagge ein roter Kreis auf weißem Grund) erzittern ließen, nicht nur in der Auto- oder Elektroindustrie. Die Ursache dieses Vormarschs war das nach dem verlorenen II. Weltkrieg dem japanischen Militarismus auferlegte Verbot nennenswerter Rüstungsproduktion und Forschung. Fast die gesamten Ressourcen steckten die Monopole aufgrund dieser Beschränkungen in die Entwicklung der Produktivkräfte für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und eroberten sich dadurch Anteil um Anteil, expandierten auch im Kapitalexport. Dies geht längst zur Neige, seit er selbst den Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hat auch mit einer gewaltigen Rüstungsproduktion und Militarisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft.

An internationalen Statistiken können wir den Niedergang des immer wieder zu spät gekommenen und zurückgebliebenen deutschen Imperialismus ablesen. So sank der deutsche Anteil an den weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F+E) von 8,5% im Jahr 2008 auf 5,6% im Jahr 2021. Auch sein Anteil an den weltweiten Patentanmeldungen sank von 21,9% im Jahr 2000 auf nur noch 15% im

Jahr 2022. Besonders betroffen sind die Pharma-, Chemie, Elektro und Auto-industrie, lediglich der Maschinenbau konnte seine Position bei den Patentanmeldungen ausbauen, der Maschinenbau ist wesentlich Mittelkapital, während die Monopole den technischen Fortschritt bewusst verhindern. Im Bereich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung aber fiel der Anteil des Maschinenbaus trotzdem weltweit von 13% im Jahr 2008 auf weniger als 8% im Jahr 2021. Das Klassenbudget der aggressivsten deutschen Monopole weist 2026 ein Volumen von 525 Euro aus, das Ministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt weist gerade einmal 21,8 Milliarden aus, während der Kriegshaushalt an die NATO gemeldete 124 Milliarden ausmacht. Und von den 21,8 Milliarden fließt wahrscheinlich die größte Summe an Rüstungskonzernen. Das noch am meisten in F+E investierende Mittelkapital erhält aus dem Klassenbudget fast nichts mehr, während die größten Monopole, die aber zugleich auch die Entwicklung der Produktivkräfte behindern, Patente in ihren Schubladen verschwinden lassen in ihrer Fäulnis – siehe Lenin: Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus – den größten Anteil sich selbst rauben, organisiert von ihrem Wucherstaat. Der „Verband innovativer Unternehmer“ des Mittel- und Kleinkapitals drückte es so aus: „Derweil fließt mehr Geld an die Großen.“

Führend weltweit ist in allen Bereichen der F+E meistens China, der US-Imperialismus liegt nurmehr in den Branchen der Elektroindustrie wegen ihrer IT-Monopole sowie in der Pharmabranche vor China. Doch in der IT haben eine Handvoll riesiger US-Konzerne eine ungeheure Überproduktion und eine riesige Überbewertung in den Aktienkursen aufgetürmt, deren Plätzen immer mehr Ökonomen und Wirtschaftsteile der Presse des Finanzkapitals längst wie die Spatzen von den Dächern pfeifen. Dann wird China sie auch hier überholen und den US-Imperialismus noch aggressiver machen, denn dies betrifft seine aggressivsten und mächtigsten, am meisten imperialistischen und kriegerrischsten Giganten wie Musk, Google, Apple, Microsoft, Amazon, Nvidia, OpenAI .., die sämtlich in der Kriegproduktion unersetzlich sind und den größten Teil ihres Klassenbudgets sich rauben.

gfp, 17.6.26

Der deutsche Griff nach der Bombe über Frankreich wird konkreter Appell an die französischen Arbeiterorganisationen

Arbeiter Frankreichs, das müsst ihr wissen:

Zur Erweiterung eines französischen Atomschirms von Nuklearwaffen über Europa sprach Macron als ersten Teilnehmer die deutsche Kriegsregierung an, die sofort zugriff. Besitzt Frankreich immerhin weltweit 290 Atomsprengköpfe, vier Atom-U-Boote auf denen sich die meisten dieser Sprengköpfe befinden, auf atomar bestückten Raketen mit einer Reichweite von 10.000 Kilometern. Der andere Teil ist bei der Force de Frappe, der atomaren Luftwaffe. Damit liegt Frankreich auf Platz vier der Atomwaffen

besitzenden Staaten nach den USA, Russland und China. Die französischen Rüstungskonzerne wollen nach Beschluss ihrer Regierung bis 2036 ein neues Atom-U-Boot bauen sowie neue, atomare Hyperschallraketen mit Atomsprengköpfen herstellen.

Macron hat neben der BRD weitere Staaten zur Beteiligung angesprochen: Polen, Griechenland, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Schweden. Weitere sollen noch folgen.

Ausgerechnet der Imperialismus, der in den letzten gut 100 Jahren Frankreich schon zwei Mal überfallen, besetzt, unterdrückt, unter der Arbeiterklasse und dem Volk ein Meer von Blut, Folter, Gewalt, Unterdrückung, Bestialität aller Art, industriell organisiertem Raub und die größten Grausamkeiten am Widerstand des Volkes, an den bewaffneten Brigaden in nie gekannter Barbarei verübt hat, greift jetzt Stück für Stück nach der französischen Atom-Bombe. Als nächster Schritt ist eine französisch-deutsche Atomwaffenübung geplant. Außerdem stellte Macron eine Stationierung französischer Atomwaffen im Land der Mörder in Aussicht.

Kurz nach Macrons Rede auf der Ile Longue in der Bretagne, der Militärbasis für Frankreichs Atom-U-Boote, tagte die deutsch-französische Regierung, worüber das Presse- und Informationsamt der BRD-Regierung mit dem französischen Pendant am 2.3.2026 folgende Übereinkunft veröffentlichte:

„Frankreich und Deutschland haben eine hochrangige Nuklear-Steuerungsgruppe eingerichtet, die als bilateraler Rahmen für den verteidigungspolitischen Austausch und die Koordinierung strategischer Maßnahmen dienen soll. Hierzu gehören Konsultationen über die geeignete Mischung aus konventionellen Fähigkeiten, Raketenabwehr sowie französischen Nuklearfähigkeiten. Frankreich und Deutschland haben vereinbart, in diesem Jahr erste konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen, darunter die konventionelle Beteiligung Deutschlands an französischen Nuklearübungen, gemeinsame Besuche strategischer Einrichtungen sowie Weiterentwicklung konventioneller Fähigkeiten mit europäischen Partnern.“

Was zu tun ist, sagt der „Appell“ des Ausschuss für Internationale Beziehungen an die französischen Arbeiterorganisationen.

Die deutsche Ostfront und der Atlantik

Die deutsche Militär- und Kriegsdoktrin zur Stunde lautet: Fortsetzung des Kriegs an der Ostfront zur Besetzung Russlands und Herrschaft über den Nordatlantik für ihren Nachschub und die Bedrohung der USA. Dazu ist Kanada für den deutschen Kriegstreiber von hoher Bedeutung.

Nicht eine südkoreanische Werft erhält nun von Kanada den Auftrag zum Bau von 12 U-Booten, sondern der deutsche Kriegskonzern TKMS (ThyssenKrupp Marine Systems), dessen Vorstand der ehemalige Bezirksleiter der IG Metall von NRW vorsitzt und tagtäglich am Arbeitermord hier wie auch in Kanada und vielen anderen Ländern führend beteiligt ist. Dieses alte Kriegmonopol erhält diesen Auftrag von 20 Milliarden Euro. Eine gewaltige Summe, für die das kana-dische Volk bluten wird.

Wir vergessen nicht, dass dieses Volk an unserer Befreiung vom Hitlerfaschismus große Lasten geschultert, seine besten Söhne gegeben hat. Denn Kanada trat am 10. September 1939 als souveräner Staat in den Zweiten Weltkrieg ein und leistete einen Beitrag zum Sieg der Alliierten durch den Auf-bau einer der weltgrößten Marinen, die Bereitstellung von über einer Million Soldaten, von denen kurz vor Kriegsende noch 2.400 eingesetzt wurden, sowie lebenswichtige Industrie- und Nahrungsmittelgüter lieferten.

Die Regierung Kanadas hat allerdings andere Pläne im Blick, als alles zu tun für ein „Nie wieder!“ Wir berichteten schon mehrmals über den Aufbau einer „Sicherheitspartnerschaft für den Nordatlantik“ mit der BRD und Norwegen. Dieses lange Einwirken der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierungen führte nun zu diesem Waffen-Auftrag. In deutscher Autarkie werden die U-Boote in der BRD gefertigt bis auf Spezialstähle. Ganz im Sinne der deutschen Autarkie.

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft – Rheinmetall besitzt über 30 Fabriken auf allen Kontinenten

Rheinmetall stellt inzwischen nicht nur Panzer her, sondern auch Kriegsschiffe und Drohnen etc. und besitzt Fabriken in über 30 Ländern, davon in allen Ländern der ehemaligen osteuropäischen Volksrepubliken sowie in den ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Litauen und Lettland. Hinzu kommen Fabriken in Spanien, Italien, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien, den USA, Mexiko, Brasilien, China, Japan, Südkorea, Indien und Australien, Südafrika und Algerien und natürlich in Großdeutschland. Dieser Konzern gehört wahrlich zum aggressivsten Teil des Finanzkapitals, das zum Faschismus treiben muss. IMI etc.

Feldjägerregiment in Litauen

Die Bundeswehr stellt neue Feldjägerregimente, also eine Militärpolizei, für den Einsatz in seinen okkupierten Ländern auf. Das erste wird seit April 2025 in Litauen aufgebaut mit einer völker-rechtswidrigen, dauerhaften Stationierung bei der ebenso illegal errichteten deutschen Panzer-Brigade.

Bislang lagen die Befugnisse der deutschen Militärpolizei nur innerhalb des Militärs in der BRD und der annektierten DDR, sie sollen ausgeweitet werden gegenüber der Zivilbevölkerung in Großdeutschland. In Litauen wird der Kampf gegen den Widerstand gegen die Arbeiter und das Volk schon mal eingeübt.

Die deutsche Militärpolizei wird auf dem gesamten Hoheitsgebiet Litauens die deutsche Okkupation absichern. Sie arbeiten eng mit der litauischen Militärpolizei zusammen, d.h. real unterstellen sie sie dem deutschen Oberbefehl. Mit gemeinsamen Streifen, Verkehrskontrollen und Einsätzen im Ordnungsdienst. „Gemeinsame Streifen und abgestimmte Meldekettens ermöglichen den Zugriff auf lokale Informationen. Die enge Verzahnung militärischer und ziviler Strukturen ist dabei eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg“ schreibt der Behördenspiegel vom August 2026. Sie sichern die Truppenbewegungen ab, planen und koordinieren sie, übernehmen Aufgaben im militärischen Ordnungsdienst wahr, unterstützen Disziplinarvorgesetzte bei Ermittlungen und Erhebungen. Sie ist die „Schnittstelle zu zivilen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“. Das sind in Litauen die Polizei, das Staatsgrenzschutzamt, das Staatssicherheitsdepartment (der zivile und militärische Nachrichtendienst des Landes). Darüber hinaus werden regelmäßige Ausbildungs- und Übungsvorhaben durchgeführt. Die Feldjäger üben wichtige Funktionen aus bei der Erkennung sowie Bewertung sicherheitsrelevanter Entwicklungen durch kontinuierliches Sammeln und Auswerten von Informationen zur Erstellung eines umfassenden militärpolizeilichen Lagebilds.

Und sie stehen in enger Zusammenarbeit mit den Militärpolizeikräften der multilateralen Battle-group Lithuania in Litauen. Also die Kontrolle und auch Unterordnung der Militärpolizeien der Niederlande, Norwegens sowie Belgiens, Frankreichs, Kroatiens und Luxemburgs dieser Battlegroup.

Die deutschen Feldjäger auf dem Gebiet dieser ehemaligen Sowjetrepublik üben in gewisser Weise die Funktionen des deutschen Heimatschutzes über die litauischen militärischen, polizeilichen Kräfte, die Geheimdienste und weitere zivile Organisationen auf dem Boden einer Republik, deren Arbeiter einst in der Roten Armee ihr Land von der deutschen Barbarei befreiten, die in Litauen einst auf brutalste, faschistische Weise herrschte und Millionen Menschen, insbesondere jüdischen Glaubens, bestialisch abschlachtete.

Der Krieg im eigenen Land

Das Innenministerium legte eine Planung vor zur Aufhebung der Trennung ziviler und militärischer Aufgaben, also der Militarisierung der gesamten Gesellschaft, insbesondere gegen die Widerstand leistende Arbeiterklasse wie von Teilen des Volkes. Dafür wird das „Kommando Zivile Verteidigung“ des BMI und BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und

Katastrophenhilfe) errichtet. Über die Zivilisten herrscht dann das paramilitärische und polizeiliche Kommando. Die zivile und militärische „Verteidigung“ soll „eng verzahnt“ werden. Auch die zivil-militärische Zusammenarbeit: Die Verzahnung ziviler Planungen mit den Vorgaben des Operationsplans Deutschland. Der letzte Fitzel einer Gewaltenteilung geht dann im Pulverdampf auf, ist liquidiert.

Schon im Unterricht soll den Kindern der Zivilschutz für den Krieg eingehämmert werden. Konkrete Vorhaben sind z.B. die Verankerung von Zivilschutz im Schulunterricht, Praktische Krisenvorsorge und Übungen für den Ernstfall, Wissensvermittlung über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Zugleich verlangt der Deutsche Feuerwehrverband die Einbindung von Kriegsdienstverweigerern in den militarisierten Zivilschutz. Jeder Arbeiter, der noch bei der Feuerwehr den Brand löschen will, muss die Stimme seines Protests erheben und ihn auf die Straße tragen gegen seinen Vorstand, bis dieser seinen Vorstoß zurücknimmt und abgesetzt ist.

Der Kriegsminister kennt die Notwendigkeit des soldatischen Kanonenfutters im Krieg

Kriegsminister Pistorius erklärte kürzlich vor den Innenministern der Länder, ohne eine „leistungsfähige zivile Basis“ bleibe jede militärische Stärke wirkungslos. Er sei überzeugt, dass die Überzeugung der Bevölkerung für den Krieg und die zivil-militärische Zusammenarbeit „elementar“ sei. Jeder Einzelne müsse seine Rolle im Krieg kennen.

Die „Gesamtverteidigung“ im Inneren sei notwendig, wenn die Streitkräfte an der Ostfront oder auf dem Nordatlantik kämpfen.

Der neue Kriegsdienst und die Stärkung der militärischen Reserve müsse die Kampfbereitschaft der Bevölkerung ausbauen. Der Kriegsminister also weiß, dass das Wichtigste im Krieg der Mensch ist, ob als Soldat oder Zivilist. Entgegen mancher kleinstädtischen Verblödung, der Drohnenkrieg etc. und KI mache den Soldaten überflüssig. Nein, der Wichtigste ist der, der auch die Gewehre umdrehen wird.

Die Landeskommandos der Bundeswehr von Hessen und Thüringen führten kürzlich eine verzahnte Militärische Übung (ZMZ) mit der Bundeswehr, den Landkreisen, der Polizei in mehreren geschlossenen Einheiten, der Feldjäger für den Einsatz im Inneren durch unter systematischer Abstimmung mit den Geheimdiensten. Natürlich gegen jeden aufkommenden Widerstand.

Flüchtlinge

Seit Mitte Juni ist das sog. Gemeinsame Europäische Asylsystem in Kraft getreten. Ein Regime des staatlichen Rassismus. Neben Lagern in sog. Drittstaaten (geplant sind diese u.a. in Nordafrika), also Inhaftierung von

Geflüchteten, die Asyl suchen - was noch nicht Realität, aber geplant ist und die gesetzlichen Möglichkeiten dafür geschaffen wurden -, ist es auch für Geflüchtete, die es irgendwie hierher schaffen, eine gänzliche Entrechtung. Inhaftierung, Arbeitsverbot, Sozialleistungen auf ein Minimum beschränkt. Die Türkei gilt nunmehr als 'sicheres Herkunftsland' - Geflüchtete aus Ländern, die als 'sicher' gelten, erhalten ein Arbeitsverbot.

Gleichzeitig nimmt die nachträgliche Rücknahme von Einbürgerungen, z.B. wegen Internetposts zu Palästina, zu. Und jeder Arbeiter, der 'nur' über einen befristeten Aufenthaltstitel verfügt, muss bei Strafverfahren, bei einem sog. 'Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung' mit Konsequenzen für seinen Aufenthalt rechnen.

Kurz: Die Lage für all die Arbeiter, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, wird zunehmend schwerer. Für Geflüchtete ohne legalen Aufenthaltsstatus ist sie inzwischen entrechtet.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2026*

EINIGE ASPEKTE ZUR TAKTIK, UM ZUM STREIK ZU KOMMEN

Die Deindustrialisierung in diesem Land nimmt weiter Fahrt auf. Zu den jetzt bereits monatlich 15.000 Entlassungen in der Industrie kommen weitere Ankündigungen dazu, die in die Zehn- wenn nicht sogar in die Hunderttausende gehen. Dies betrifft in erster Linie die Automobilindustrie und deren Zulieferer. Aber auch in der Chemie rechnet man mit 40.000, im Maschinenbau sind es 22.000. Die durchschnittliche Auslastung der Autowerke in Deutschland beträgt derzeit 59% (Mercedes 58%), in der Chemieindustrie sind es 71,7%, im Maschinenbau knapp über 80%.

Die Androhungen von Werksschließungen bei VW oder Mercedes sind sicherlich Hebel für die Kapitalisten zur Erpressung ganzer Belegschaften, aber die Ursache ist ganz allein die Ökonomie. Die Hoffnung der Autokapitalisten auf bessere Zeiten mit Kurzarbeit überbrücken zu können, ist endgültig beendet. Die Zahl der Kurzarbeiter war lange nicht mehr so gering wie heute: 125.000. Anders die Zahl der Leiharbeiter, die als flexible und schnell kündbare und billige Masse erhalten müssen, solange sie noch nicht in der Zwangsarbeit enden, sie bleibt trotz (oder besser: wegen) der Massenentlassungen auf hohem Niveau (ca. 880.000).

Wenn in dieser Situation zum Beispiel Mercedes von 5 zusätzlichen, unbezahlten Stunden redet, in Ungarn die Kapazitäten im Werk in Kecskemét verdoppelt wird (dort „kostet“ eine Arbeitsstunde nur 15,60€, in der BRD 49€, weiter werden die Arbeiter dort über 300 Stunden Jährlich länger ausgebeutet. Die Lebenshaltungskosten unterscheiden sich kaum von hier. Zweit- und Drittjobs sind zum Überleben allgemeine Notwendigkeit), ist das kein Widerspruch, sondern ganz einfach der Versuch des Kapitals, durch Senkung von „v“ seinen Maximalprofit zu retten.

„Krieg und Leichen – die letzte Hoffnung der Reichen“

Der letzte Versuch des Daimler-Kapitals ist der Griff in die Staatskasse. Herr Källenius kündigt den Einstieg in das Geschäft mit dem Krieg an und fängt damit ausgerechnet in der annektierten DDR, mit dem Werk Ludwigsfelde an (das Werk hat im Faschismus bereits Daimler gehört und mit Tausenden von Zwangsarbeitern für den Krieg produziert. 1952 wurde es enteignet und dort wurden die IFA-LKWs gebaut – bis sich Daimler das Werk nach der Annexion wieder unter den Nagel gerissen hat).

Schon einmal hat der Staat – der faschistische – Daimler vor dem sicheren Konkurs gerettet. Wurden 1932 noch 9.000 Arbeiter ausgebeutet, so waren 1944 über 74.000 mit dem Bau von Militärfahrzeugen, Panzern, Schiffs-

und Flugmotoren beschäftigt – davon ein Großteil Kriegsgefangene, Zwangsverschleppte und KZ-Häftlinge, bis zu 46.000 (Quelle: Das Daimler-Benz Buch).

Was bedeutet das alles für unseren Kampf, für den Streik?

Auch das Werk Bremen gehört zu den 3 Werken, denen die Schließung droht, trotz der günstigen Lage für den Export. Aber wohin sollen die Schiffe noch Autos transportieren? Vom China-Geschäft, bis vor kurzem noch 30%, ist nicht mehr viel übrig, die USA sind für das Kapital mehr als unsicher. Wohin also ausweichen?

Wenn Daimler real in die Kriegsproduktion geht, wird die Lage mehr als kritisch für das Proletariat. Es wird sich die tödliche Haltung „*Hauptsache Arbeit*“ wie ein Krebsgeschwür in das Bewusstsein der Arbeiter reinfressen und dieses „*Hauptsache Arbeit*“ wird zu einer Kampflosigkeit gegen uns Kommunisten und gegen jeden klassenbewussten Arbeiter, auch und besonders von Seiten der IG Metall.

Der Arbeiter hat Angst vor der freien Zeit, die ihm der Kapitalist durch die Entlassung beschert. Er ist Materialist und fragt sich zu Recht: „*Wovon soll ich die Miete bezahlen, wovon meine Familie ernähren?*“

„*Arbeiter, bislang hast du mehr oder wenige Sinnvolles für die Menschheit produziert und dafür deinen Lohn bekommen. Wenn du dich jetzt für die Kriegsproduktion verdingen lässt, brauchst du weder für Miete noch Essen aufkommen, du kriegst es gratis – im Schützengraben oder im Sarg.*“ So und nicht anders müssen wir mit dem Arbeiter reden, ohne Schnörkel und ohne theoretische Lehrsätze. So können wir zumindest ein winziges Stück des Lohnsystems in Frage stellen. Wir müssen den Stolz und die Würde des Arbeiters ansprechen, ohne zu moralisieren. Nur wenn er nützliche Arbeit macht, erhält er gesellschaftliche Anerkennung. Es gilt, das ökonomische Denken (Lohn, Miete, Essen) genau andersrum drehen: „*Gut, Kapitalist, du drohst uns mit Entlassung aus der Ausbeutung. Lass dir eines gesagt sein: Wir haben keine Angst vor freier Zeit. Im Gegenteil, wir kämpfen für jede Stunde weniger Ausbeutung, die uns ein Stück Menschsein, die unserer Klasse ein Stück Emanzipation bringt. Du aber, Kapitalist, du produzierst nichts, du bist überflüssig wie ein Kropf, ein unnützer Esser, der uns mit Haut und Haaren ausbeutet, uns umsonst für deinen Profit arbeiten und sogar verrecken lässt. Wir wissen besseres mit unserer Zeit und unserem Leben anzufangen, Sinnvolles für die Gesellschaft zu produzieren. Dazu können wir dich nicht brauchen.*“

Die Bourgeoisie beweist es doch, dass sie nicht in der Lage ist, der Menschheit eine Existenz zu bieten: Über 3 Milliarden Menschen auf dieser Welt sind ohne Arbeit und Auskommen, 118 Millionen sind auf der Flucht vor Armut und Krieg.

Die Taktik ständig überprüfen und angleichen

Wir müssen die Pausen zur Diskussion mit den Arbeitern nutzen, kleine Pausenversammlungen durchführen mit immer wechselnden und aktualisierten kurzen Themen. Wenn es nicht bei der Wiedergabe von Allgemeinheiten bleibt, wird auch mal das Handy auf die Seite gelegt oder die Spielkarten. Auch der Widerspruch kann den Arbeiter veranlassen, selbst Haltung zu beziehen. Sich mit fortschrittlichen Kollegen absprechen, sie mit einbeziehen, ist wichtig. Den Vertrauenskörper und den Betriebsrat erstmal raushalten, bevor er wieder alles in den Würgegriff nehmen kann. So kann jeder Tag im Betrieb vorbereitet und genutzt werden – ein Kampf um die Hoheit im Betrieb wird geführt.

Ein besonders brauchbares Mittel der Agitation ist der Film von Peter Vogt „*Ohne Arbeit*“, in dem Arbeiter aus dem Ruhrgebiet ein Plädoyer für freie Zeit halten, die ihnen der Kapitalist zwangsweise durch Entlassung gegeben hat. Er bietet garantiert Stoff für gute Diskussion mit Arbeitern.

Fazit

Mit Flugschriften allein, mit Anträgen in VKs und Gewerkschaft werden wir nie zum Streik kommen. Die Diskussion muss im und wo nicht anders möglich, vor dem Betrieb geführt werden, wo immer es geht. Wenn der Arbeiter in der Diskussion oder in der Auseinandersetzung selbst Stellung bezieht, macht er den ersten kleinen Schritt raus aus der Individualisierung und dem Misstrauen gegenüber seiner eigenen Klasse.

Weiteres

Die Auseinandersetzung im Betrieb ersetzt nicht den Kampf um den Zusammenschluss mit klassenbewussten Arbeitern aus anderen Betrieben, im Gegenteil! Der Schulterschluss mit den Hafen- oder Bahnarbeitern ist unabdingbar. Der Hafenarbeiter verlädt, was der Automobilarbeiter produziert, ihr Interesse ist ganz materialistisch ein gegenseitiges. Die Situation bei der Bahn ist objektiv günstig für die Klasse. Der Zugbegleiter wird angemacht, wegen der verrotteten Bahn. „*Wer ist verantwortlich für die Verspätung, wer stört meine Weiterfahrt?*“ lautet die Agitation, z. B. mit Aufklebern in den Zügen...

International

Der Internationale Aktionstag der Hafenarbeiter ist am 30. Oktober. Das ist zugleich für uns die Gelegenheit, mit den Arbeitermärschen wenigstens im Kleinen ein Stück praktischer Solidarität gegenüber den Arbeitern anderer Länder zu zeigen, die so manches geschriebene Wort überflüssig macht.

Wie nutzen wir die Tarifrunde Metall?

Es braucht nicht betont zu werden, dass in Kriegszeiten ökonomische Forderungen nur in die Irre und in die Armut führen können. „*Die wirtschaftliche Situation ist extrem differenziert. Einerseits haben wir viele*

Betriebe in wirtschaftlicher Schiefelage. Wir haben aber auch Betriebe, denen es richtig gut geht. Die Kunst wird sein, Tarifforderungen aufzustellen, die für alle passen“ sagt die IG Metall und kündigt damit an, dass sie gar nicht anders kann, als den Tarifvertrag weiter zu durchlöchern: Vielleicht ein paar Cent mehr für den Arbeiter in der Kriegsindustrie (der es ja „*richtig gut geht*“) und für die Arbeiter „*in Schiefelage*“ eine Vereinbarung über Lohnverzicht, unbezahlte Arbeit etc., im Tausch mit einem Fetzen Papier mit dem Namen „*Beschäftigungssicherung*“. Im O-Ton heißt es bei der IGM: „*Der Anspruch in der Tarifrunde wird sein, nicht nur Entgelte zu stärken, sondern auch für Zukunft und Beschäftigung zu stehen*“.

In diesem Sinn werden die Tarifkommissionen am 22. September den Betrug beschließen und der Vorstand wird ihn am Tag darauf besiegeln. Die Verhandlungen beginnen am 6. Oktober, die „*Friedenspflicht*“ endet am 31. Oktober (oder durch unseren Streik früher).

Von unserer Seite ist klar, worum es nur gehen kann:

Keine Stunde unbezahlt!

Runter mit der Arbeitszeit – bei vollem Lohnausgleich!

Wir produzieren nicht für den Tod!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2026*